

25.02.2010

Zitat des Tages

EnBW zu Neckarwestheim

"Die EnBW versucht nun mit miesen Tricks Neckarwestheim I länger am Netz zu lassen, um dann im Herbst von der schwarz-gelben Bundesregierung endgültig grünes Licht für eine längere Laufzeit für den Schrottreaktor zu bekommen. Damit tritt sie den Geist des Atomkonsenses mit Füßen – und das mit dem Segen von Ministerpräsident Mappus, der im Chor mit Umweltministerin Gönner gebetsmühlenartig eine Laufzeitverlängerung für das Uralt-Kraftwerk fordert. Das ist nicht akzeptabel", kritisierten die Grünen-Landesvorsitzenden Silke Krebs und Chris Kühn die Drosselung der Leistung des AKW Neckarwestheim I durch die EnBW, um so den 30 Jahre alten Meiler länger als vorgesehen am Laufen zu halten.

"Die EnBW spielt leichtfertig mit der Sicherheit der Menschen im Land. Dabei geht es ihr nur um schnöden Mammon. Sie will lediglich ihre milliardenschweren Gewinne langfristig sichern – ohne Rücksicht auf die hohe Störanfälligkeit des AKW und den fehlenden Schutz gegen Terrorangriffe", sagte Kühn. Das Vorgehen zeige außerdem das zweifelhafte Rechtsverständnis der EnBW, die ja selbst den Vertrag zum Atomausstieg unterzeichnet habe. "Von Konzernen, die in solch unakzeptabler Weise mit vertraglichen Vereinbarungen umgehen, darf nicht die zukünftige Energieversorgung des Landes abhängen. Die Landesregierung muss endlich konsequenten Klimaschutz betreiben und eine dezentrale Energieversorgung voranbringen anstatt sich an Atom- und Kohle-Großkraftwerke zu klammern", so Kühn.

"Mit derartigen Tricks lassen die Atom-Konzerne und ihre schwarz-gelben Handlanger in Bund und Land einen gesellschaftlichen Großkonflikt wieder aufleben", sagte der Grünen-Vorsitzende. Das gelte umso mehr als eine Mehrheit der Menschen gegen längere AKW-Laufzeiten sei. Kühn kündigte entschiedenen Widerstand der Grünen gegen die EnBW-Pläne an: "Wir werden alles dafür tun, dass das AKW Neckarwestheim so schnell wie möglich abgeschaltet wird. Wir werden gemeinsam mit der Anti-Atom-Bewegung auf die Straße gehen – am 21. März bei einer Großkundgebung in Neckarwestheim und darüber hinaus."